

Rede: Tarifvertragspolitik gegen Lohndumping

Vizepräsidentin Petra Pau: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Beate Müller-Gemmeke von Bündnis 90/Die Grünen.

Beate Müller-Gemmeke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

In der Arbeitswelt läuft so einiges schief. Heute geht es stellvertretend um den Einzelhandel. Verkäuferin ist ein Knochenjob, und das bei schlechter Bezahlung. 38 Prozent der fast 3 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel arbeiten inzwischen im Niedriglohnbereich. Das sind zu viele. Bei dieser Entwicklung ist der Verweis von Ihnen, sehr geehrte Koalitionsfraktionen, auf die Tarifautonomie einfach zu wenig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Anton Schaaf (SPD))

Früher hatten viel mehr Beschäftigte - gerade auch im Einzelhandel - sozialen Schutz durch allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge. Heute aber wechseln zu viele Arbeitgeber in Mitgliedschaften ohne Tarifbindung. Edeka und Rewe gliedern Filialen aus an selbstständige Kaufleute. Gleichzeitig gibt es immer mehr zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen. In der Folge wird der Einzelhandel immer mehr zu einer Branche ohne Betriebsräte. Vor allem aber funktioniert das wichtige Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung nicht mehr, weil die Tarifbindung zu gering ist. Durch diese unterschiedlichen Formen der Tariffucht wird der Jahrzehnte alte gesellschaftliche Konsens der Sozialpartnerschaft aufgekündigt. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich bin auch überzeugt, dass die Tarifbindung insgesamt weiter abnehmen wird. Unterstützung bei der Tariffucht gibt es einmal mehr im Internet. So bietet beispielsweise die Haufe-Akademie ein Seminar an unter dem Titel „Wege aus der Tarifbindung“ - ich zitiere -:

Praxisorientiert ... lernen Sie, welche Möglichkeiten es gibt, Personalkosten zu sparen, flexibler zu werden ... und den Einfluss von Gewerkschaften zu reduzieren.

Praktische Handlungsempfehlungen ... zeigen Ihnen, wie Sie die Lösung aus tariflichen Bindungen am besten umsetzen.

Die FDP sollte ruhig einmal zuhören. - Dann wird noch die ganze Palette aufgeführt: OT-Mitgliedschaft, Wechsel des Arbeitgeberverbandes, Branchenwechsel, Umstrukturierung und Gestaltung der Arbeitsverträge. Es ist unsäglich. Das hat nichts mehr mit Sozialpartnerschaft zu tun. Hier geht der Anstand verloren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, Sie halten immer die Tarifautonomie hoch, wie wir gerade wieder gehört haben. Sie müssen sich aber langsam entscheiden, was Sie damit meinen und was Sie wollen. Wenn es Ihnen nur um die negative Koalitionsfreiheit geht, dann sagen Sie das endlich ehrlich. Dann wissen die Beschäftigten, was sie von Ihnen zu erwarten haben, nämlich gar nichts. Oder verstehen Sie unter Tarifautonomie, dass den Tarifvertragsparteien eine wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungskompetenz eingeräumt wird? Dann müssen Sie aber auch reagieren, wenn sich Arbeitgeber von dieser Verantwortung verabschieden. In der Konsequenz müssten Sie dann, wenn auch nicht in allen Details, so doch zumindest im Grundsatz die vorliegenden Vorlagen unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir brauchen erstens einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, zweitens mehr branchenspezifische Mindestlöhne, und drittens muss die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtert werden; denn wenn die Tarifautonomie nicht mehr funktioniert, dann muss das Tarifvertragssystem politisch gestützt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Wir Grüne bringen heute noch einen kleinen Entwurf eines Gesetzes ein, das unserer Meinung nach durchaus große Wirkung erzielen kann, und zwar gegen zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen. Wenn ein Scheinwerkvertrag gerichtlich festgestellt wird, dann ist das verdeckte Leiharbeit - mit allen Konsequenzen: Ein Bußgeld wird verhängt, die Sozialversicherungsbeiträge werden nachgefordert, und die Beschäftigten haben automatisch ein Arbeitsverhältnis mit dem Werkvertragsbesteller. Eine Erlaubnis für Leiharbeit schützt die Betriebe aber vor diesen Rechtsfolgen. Diese Gesetzeslücke im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wollen wir schließen; denn manche Betriebe nutzen das schamlos aus. Sie vergeben ihre dubiosen Werkverträge nur an Fremdfirmen mit einer Erlaubnis für Leiharbeit. Damit können sich die Unternehmen absichern und die Rechtsfolgen von Scheinwerkverträgen abmildern. Wir fordern deshalb, dass die Erlaubnis nur für echte Leiharbeit gilt. Wer mit Scheinwerkverträgen Löhne absenkt und Tariffucht begeht, der soll künftig immer auch die rechtlichen Konsequenzen tragen. Das hat abschreckende Wirkung, und vor allem ist das gerecht, Herr Kolb.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Die Genehmigung wird doch regelmäßig überprüft!)

- Sie haben das, glaube ich, einfach nicht verstanden.

Sehr geehrte Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, mit allen Anträgen, die heute vorliegen, soll die Sozialpartnerschaft zum Schutz der Beschäftigten gestärkt werden. Aber auch die tariftreuen Betriebe brauchen diesen Schutz, damit sie von Schmutzkonzurrenz nicht vom Markt gedrängt werden. Reden Sie also nicht nur von Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie, sondern handeln Sie endlich!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)